

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Nachrichten Dresden
Hauptredaktion: Dresden
Königsplatz 10, 10011
Schreibweise: u. Hauptredaktion:
Dresden - K. 1, Marienstraße 36/37

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich 3,60 RM. (einschließlich 90 Pfg. für
Zugabe), durch Postzusatz 3,60 RM. einschließlich 90 Pfg. Postgebühr (ohne Postzusatz) bei
bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigen-
preise: Die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und
Solange für eine Nacht 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Meldezeile 300 Pfg.,
außerhalb 350 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Zusätzliche Kautelle gegen Vorauszahlung

Dresdner-Nachrichten Dresden
Königsplatz 10, 10011
Schreibweise: u. Hauptredaktion:
Dresden - K. 1, Marienstraße 36/37

Gerüchte um Grandis Abreise aus Genf

Demonstrationen gegen Italien in Belgrad

Berlin, 10. Sept. Pariser Zeitungen berichten heute, daß die Abreise des italienischen Außenministers Grandi aus Genf mit einer außerordentlich ernsten Verschärfung der Situation an der italienisch-jugoslawischen Grenze zusammenhänge. Die Pariser Blätter sind voll von Alarmnachrichten, wonach besonders in Vaidich und Belgrad die antitalienischen Demonstrationen ungewöhnlich heftige Formen angenommen haben, so daß es den Behörden nur durch ein Massenaufgebot von Truppen und Polizei möglich gewesen sei, die italienischen Konsulate gegen die erregten Demonstranten zu schützen. In Belgrad sollen Tausende von Demonstranten, u. a. auch vor das deutsche Konsulat gezogen sein und dort unter Schüssen auf Deutschland eine Sympathiekundgebung zugunsten der unterbrückten Südtiroler veranstaltet haben. Nach dem „Paris Bild“ soll sich die jugoslawische Regierung bereits zur Schließung der Grenze veranlaßt gesehen haben. Der „Tempo“ berichtet über blutige Zusammenstöße zwischen Faschisten und Slowenen in dem Grenzgebiet von Pokumia, dem ehemaligen Adelsberg. Allerdings liegen amtliche Bestätigungen dieser Alarmmeldungen noch nicht vor.

Ruhige Beurteilung in Italien

Rom, 10. Sept. Die Abreise des italienischen Außenministers und Staatsmitgliedes aus Genf wird von den italienischen Sonderberichterstattern vollkommen ruhig kommentiert. Die „Stampa“ begründet sie mit dem Hinweis, daß nach dem vorläufigen Abschluß der Verhandlungen die Außenpolitik eines großen Landes, die nach verschiedenen Fronten gerichtet sei, besser und organischer von der eigenen Hauptstadt aus betrieben werden könne. Ähnlich schreibt der Genfer Korrespondent des „Journal d'Italia“, die Tätigkeit Grandis könne in Rom viel nützlicher sein, wobei nach Wiederaufnahme der Arbeiten des Rates im Falle politischer Fragen seine Rückkehr nach Genf nicht ausgeschlossen sei. Der Berichterstatter des „Popolo d'Italia“ unterstreicht die Bedeutung der Abrüstungsfrage für die jetzige Völkerbundsversammlung.

Seit Bestehen des Völkerbundes habe Frankreich in Genf Jahr für Jahr alles getan, um die Aufmerksamkeit der Welt auf diesem Problem und seiner Behandlung im Völkerbund abzulenken.

Bis jetzt sei es ihm auch immer geglückt, die unumgänglichen Probleme und unrealen Utopien der allgemeinen Abrüstungspflicht voranzujücken. Aber eines Tages werde der Völker-

bund sich entscheiden müssen, die Frage der Abrüstung endgültig zu lösen. Auch ohne die von Glederson erwarteten Mitteilungen über den Ausgang der italienisch-französischen Besprechungen habe die Völkerbundsversammlung die Pflicht, das Abrüstungsproblem zu behandeln.

Um den „Bahnschutz“ im Saargebiet

Genf, 10. Sept. Heute nachmittag fand beim Generalsekretär des Völkerbundes eine Besprechung über die Regelung der Frage des Bahnschutzes im Saargebiet statt. Außer Dr. Curtius und Brian nahm der italienische Delegierte Scialoja, der an Stelle des nach Rom gereisten italienischen Außenministers Grandi eingetroffen ist, an der Besprechung teil. Es handelte sich darum, auf Grund der gestrigen Verhandlungen des Rates einen Vorschlag auszuarbeiten, auf Grund dessen der Rat seine Entscheidung über den Bahnschutz in einer der nächsten Sitzungen zu treffen hat. Die Teilnehmer an der Besprechung sind überein gekommen, an die Regierungskommission des Saargebietes, die zur Zeit in Genf weilt, einige Fragen zu richten. Wie verlautet, hat die Regierungskommission heute vormittag eine Sitzung abgehalten, in der die Frage gleichfalls behandelt wurde. Man glaubt, daß die Angelegenheit noch in dieser Woche geregelt wird.

Das Präsidialbüro der Völkerbundsversammlung

Genf, 10. Sept. Die Völkerbundsversammlung hat heute nachmittag die Wahl des Präsidialbüros vorgenommen. In Vizepräsidenten wurden gewählt: Reichsaussenminister Dr. Curtius, Brian, Glederson, Maifudeira (Japan), Duinones de Leon und Costa de Reis (Vollmien). Die bisherige Geschäftsleitung, zu Vizepräsidenten die Vertreter der Großmächte und zu Ausschussvorsitzenden Vertreter der kleineren Staaten zu wählen, ist diesmal insofern durchbrochen, als der Vertreter Italiens den Vorsitz des ersten Ausschusses übernommen hat, dessen Hauptaufgabe der Beratung des Juristenberichts über die Angelegenheit der Völkerbundsatzung an den Kelloggpaakt ist. Auf der vorläufigen Tagesordnung des dritten Ausschusses steht als wichtigster Punkt die Prüfung der Entwürfe des Sicherheitskomitees. Dem vierten Ausschuss fällt u. a. die Verhandlung der Reorganisierung des Völkerbundssekretariats zu. Dr. Curtius wird voraussichtlich erst in der nächsten Woche sprechen.

Führende Wirtschaftler zu den Reichstagswahlen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. Sept. Eine Anzahl führender Wirtschaftler aller Gewerbegruppen und verschiedener politischer Richtung veröffentlichten zu den bevorstehenden Reichstagswahlen einen Aufruf, in dem es heißt: Die Wahl fällt in die Zeit bitterer Wirtschaftskrise und Unruhe, in eine in diesem Ausmaß bisher nicht erlebte Arbeitslosigkeit. Ursache dieser Krise ist im Zusammenhang mit den Kriegskriegsverpflichtungen und den weltwirtschaftlichen Erschütterungen eine durch viele Jahre fortgesetzte Ueberbelegung der öffentlichen Ausgaben und Ueberlastung der wirtschaftlichen Kraft. Um diese Krise zu überwinden, muß

endlich eine illusionfreie Politik

der staatlichen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten durchgeführt werden, die der freien Betätigung und der Kraftentfaltung der einzelnen Persönlichkeit möglichst Spielraum gewährt und die Befehle der Privatwirtschaft beachtet, um auf volkswirtschaftlicher Grundlage die Voraussetzungen für eine Politik sozialer Gerechtigkeit und Wohlfahrt zu schaffen. Das erfordert, daß jeglicher nicht unerlässliche öffentliche Aufwand vermieden wird, daß der Aufbau unseres Staats- und Verwaltungswesens vereinfacht, daß den wirtschaftlichen Unternehmungen durch eine gesunde Finanz- und Wirtschaftspolitik Ertrags- und Kreditfähigkeit wiedergegeben, Vertrauen geweckt und so wiederum steigender Absatz und steigende Beschäftigung der Arbeitssuchenden ermöglicht wird, daß politische und wirtschaftliche Experimente vermieden und persönliche Verantwortung und Wirtschaftsführung geklärt werden.

Die Wahlen vom 14. September müssen für eine solche Politik der Staats- und Wirtschaftsnöwendigkeiten die parlamentarische Grundlage schaffen.

Darum rufen wir Männer aus den verschiedensten Zweigen der gewerblichen Wirtschaft alle auf, sich bei den Wahlen von nichts anderem lösen zu lassen, als von ernstestem staatlichem und volkswirtschaftlichem Verantwortungsbewußtsein,

Wahlrecht als unabwiesbare Wahlpflicht

zu empfinden und auszuüben und die Stimme den Männern und Frauen zu geben, die auf dem Boden der Verfassung gemäß den hier ausgesetzten Richtlinien in positiver Mitarbeit für die Rettung des Staates, für die Stärkung der Volkswirtschaft einzutreten gewillt sind.

Zu den Unterzeichnern dieses Aufrufs gehören u. a. Ernst v. Borzila, Berlin, Kommerzienrat Goldmann, Friedrichshafen, Dr. Hugo Cdenz, Friedrichshafen, Geheimrat

Karl Duisberg, Abraham Growein, Kommerzienrat Louis Dagen, Karl Daniel, Geheimrat Raski, Kommerzienrat Krumpholtz, Franz v. Mendelssohn, Geheimrat Stimming, Bremen, Gustav Heinrich, Dresden, Hermann Kainzer, Dresden, Richard Wolf, Gohmannsdorf, Wilhelm Wittke, Niedersiedlich, Friedrich Uebel, Flauen, usw.

Beschle und Becker wieder in Haft genommen

Mitna, 10. Sept. Oberstaatsanwalt Dr. Gollnick stellte in der heutigen Sitzung des Vombenlegerprozesses den Antrag die Angeklagten Becker und Beschle, die in den letzten Tagen oft in Versammlungen gesprochen und auch für heute eine solche angekündigt haben, in Haft zu nehmen. Rechtsanwält Dr. Vitzgebrune nimmt das zum Anlaß, mit längeren juristischen Ausführungen einen Gegenantrag zu begründen. Er sagt, es lasse sich darüber streiten, ob das Tun der Angeklagten geschmacklos und tollwütig sei, aber das verfassungsmäßige Recht der freien Meinungsäußerung dürfe nicht angetastet werden. Zudem sei es nicht richtig, daß Beschle und Becker Versammlungen „anberaunt“ haben. Oberstaatsanwalt Dr. Gollnick verteidigt nochmals seinen Antrag, und

nach mehr als einstündiger Beratung wird der Beschluß verkündet, Beschle und Becker neuerdings in Haft zu nehmen, da aus ihrem öffentlichen Auftreten geschlossen werden müsse, daß sie Zeugen beeinflussen wollten.

Ein feiner Kommunistenführer

Berlin, 10. Sept. Wie aus Budapest gemeldet wird, wurde in der Wohnung des kürzlich verhafteten kommunistischen Organizers Paul Földes, der eigentlich Feldmann heißt, festgestellt, daß dieser wertwürdige Kommunistenführer über nicht weniger als 40 feinste Anzüge, 45 Paar Schuhe und Kleinen Mengen von Seidenwäse verfügt. Seine Sekretärin und Geliebte, die frühere Erzieherin der Prinzen Windischgrätz, Emma Fint, hatte über 50 Kleider, 53 Paar Schuhe, 4 Pelzmäntel, 18 Hüte um. Das Geschäft eines kommunistischen Agitators scheint also seinen Mann zu ernähren.

Bergeudete Stimmen

Nicht weniger als 24 Parteien buhlen auch in diesem Wahlkampf um die Gunst der Wähler. Seitliche Gestalten nahen sich wieder, die in den Sumpfnegeln des Parlamentarismus ihre Geschäfte machen möchten. Politische Sektierer, Ehrgeizlinge und Schwärmer, die auf die Dummheit ihrer Mitmenschen mit allen erfindlichen Mitteln spekulieren. Da tritt allen Ernstes in einigen Wahlkreisen die „deutsch-kristliche mittelständisch-sozialistische“ des „wanderpredigers und tempelwächters von gottes gnaden“ auf. Da gibt es eine Partei, die den Intellektuellen, den Professoren und Doktoren, an den Kragen will, die „Reichspartei des volkschulgebildeten Staatsbürgers“. Für die Trinker gibt es eine feucht-fröhliche Alkoholpartei, und für die Mäßigen hat in dem „Sündenbabel“ Berlin die „Partei gegen den Alkohol“ Listen eingereicht. Dazu kommen noch die „Menschheitspartei“, die „Partei der Parteilosen“, die SPD, die Idealistische Bewegung Deutschlands für altruistisches Gedankentum, für Naturheilbewegung, naturgemäße Lebensweise, Paneuropäische Union, Pazifismus, Körperkultur, Esperantismus, neue Sachlichkeit, Neugeistertum, Okkultismus, Lebenskunst, Edel- und Vollmenschentum. Uff! Man muß schon einmal Luft schöpfen, wenn man die Vitanei der Stammtische und Kaffeekränzchen politischer Klatschweiber beiderlei Geschlechts mit ihren lebensfremden und lendenlahmen Bekenntnissen zu einer schöneren Welt in einem Atemzuge herlegen will. Ueber ihrem Programm steht das Motto: „Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen.“ Und tatsächlich, es klingt nichts so irrsinnig, es finden sich immer wieder Leute, die dafür ihre Stimme zum Fenster hinauswerfen.

Aber neben diesen Parteien der Antialkohol-, Menschheits-, Verlesenen- und Lebensreformkomplexe gibt es noch andere Splittergruppen, die sogar durchaus vernünftigen Menschen gefährlich werden können. Solchen Wählern nämlich, die einen politischen Dornröschenschlaf halten und die nun am Wahltag die Liste der Parteienauswahl durchgehen und dort ihr Kreuz einzzeichnen, wo sie in harmloser Einfalt aus dem klingenden Namen sich die Vertretung ihrer Interessen versprechen. Da gibt es beispielsweise im Wahlkreis Ostschlesien eine völlig belanglose Haus- und Grundbesitzerpartei und einen Reichsbund des Mittelstandes. Hinter beiden Parteien steht nur ein ganz kleiner Kreis und keineswegs die großen Berufs- und Ständegruppen, von denen stolz ihr Name zu künden scheint. Mander unpolitische Wähler läuft nun Gefahr, seine Stimme an diese Parteien zu vergeben, weil er in völliger Unkenntnis darüber sich befindet, daß die Hausbesitzervereine und die Führer des Mittelstandes vor solchen Splitterparteien eindringlichst gewarnt haben. In welchen Grotesken sich dieses politische Sektierertum einiger Stammtische auszuwirken kann, dafür hat der Wahlkreis Schlesien ein Beispiel geliefert. Einige Leuten kamen auf den Gedanken, eine Hausbesitzerpartei mit Zentralbelagerung zu bilden. Kaum war dieser höchst schlaue Gedanke geboren und der Öffentlichkeit bekannt geworden, da bildete sich auch bereits eine neue Partei der Hausbesitzer ohne Zentralbelagerung. Mit Recht haben sich die Hausbesitzervereine und die Mittelstandsvertretungen scharf gegen diesen groben Unfug gewandt, denn sie haben ja den Schaden, wenn politische Einspänner auf diese Weise zahlreiche Stimmen zur Unwirksamkeit verurteilen. Bedenklich ist, daß die Zersplitterung von Wahl zu Wahl gesteigert ist. Bei der Reichstagswahl 1928 haben die Eigenbrötchlein der oben gekennzeichneten politischen Stammtische und Sekteln nicht weniger als 83000 Stimmen erbeutet. Das sind fast vierzehn Reichstagsfraktionen, die auf diese Weise glatt unter den Tisch gefallen sind. Das ist um so bedauerlicher, weil dieser Stimmenverlust zum allergrößten Teil auf Kosten der nationalen Parteien geht. Die Angehörigen der marxistischen Parteien leisten der Zersplitterung, wo sie auf dieser Seite von Oppositionsgruppen gegen die offiziellen Parteileitungen auch schon versucht worden sind, keinen Vorstoß. Man wählt auf der marxistischen Seite einfach keine Abplitterungen. Das überläßt man denjenigen nationalen Wählern, die immer noch nicht wissen, daß jede verlorene Stimme rechts ein Gewinn für die Linke sein muß.

Die Zersplitterung in kleine und kleinste Parteien ist vielfach der Unkenntnis über die Erfordernisse der Mandatsverteilung zuzuschreiben. Man weiß zwar, daß für ein Mandat 60000 Stimmen benötigt werden. Aber vielfach ist man sich nicht darüber klar, daß diese 60000 Stimmen nicht in ganz Deutschland, sondern in einem einzigen Wahlkreis aufgebracht werden müssen. Auch die Reichslisten, auf denen die Reichstimmern verwertet werden, kommen nur größeren Parteien zugute. Denn jede Partei erhält nur soviele Mandate auf der Reichsliste angerechnet, wie sie in den Wahlkreisen erobert hat. Ein Beispiel zeigt das: Die Volkrechtspartei, die sich der geschädigten Rentner und Sparers annahm, hat gewiß für ihre Agitation einen günstigen Nährboden in ganz Deutschland während der letzten Reichstagswahl gefunden. In der Tat gelang es ihr auch, 482165 Stimmen zu erreichen. Das wären normalerweise acht Reichstagsfraktionen. Bekommen hat die Volkrechtspartei aber nur zwei Mandate. Warum? Weil sie nur im Wahlkreisverband Sachsen die nötige Stimmenzahl von 60000 erreichte. Also konnte sie zu